

Landtag aktuell

Kiel, 16.12.99

Es gilt das gesprochene Wort!
Sperrfrist: Redebeginn

Ingrid Franzen zu TOP 19:

- Katholische Schwangerschaftskonfliktberatung in Schleswig-Holstein -

Schleswig-Holstein spricht mit einer Stimme

Noch während der Landtagsdebatte zur Katholischen Schwangerschaftskonfliktberatung in Schleswig-Holstein gelang es den Fraktionen auf Initiative der SPD-Landtagsfraktion, sich auf einen einheitlichen Antrag zu einigen (siehe Anlage).

Einig ist sich der Schleswig-Holsteinische Landtag danach in folgenden Punkten:

- Die Entscheidung der katholischen Bischöfe, zukünftig keine Bescheinigungen nach dem Schwangerschaftskonfliktgesetz auszustellen, bedeutet die Aufkündigung des gesellschaftlichen Konsenses in Deutschland.
- Der Schleswig-Holsteinische Landtag bedauert diese Entscheidung der katholischen Bischöfe außerordentlich.
- Für die Übergangsfrist bis zum Ende des Jahres 2000 sollen die katholischen Beratungsstellen wie bisher gefördert werden, wenn sie beraten und eine Bescheinigung darüber ausstellen.

- Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass für die bisher von der Caritas beratenden Frauen ein ausreichendes regionales Netzwerk zur Sicherstellung der weiteren Beratung geschaffen wird.

Ingrid Franzen dankte den Fraktionen des Schleswig-Holsteinischen Landtages für diese fraktionsübergreifende Einigung, entspricht sie doch haargenau der Stimmung in der Bevölkerung, laut einer Forsa-Umfrage sind nach wie vor 78 % der Befragten dafür, dass die katholische Kirche in der Schwangerschaftskonfliktberatung in Deutschland bleibt.